

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 52 (1973)
Heft: 3

Artikel: Aus der internationalen sozialistischen Bewegung
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338663>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus der internationalen sozialistischen Bewegung

Madagaskar — neue Hoffnung für den demokratischen Sozialismus

Wer in den alten Protokollen der Kongresse der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (zwischen den beiden Weltkriegen) blättert, wird finden, dass bereits am Kongress in Brüssel 1928 als Mitglied der französischen Delegation ein Neger aus Madagaskar teilnahm und nach seiner Rede, wenn der Ausdruck in diesem Zusammenhang erlaubt ist, als «weisser Rabe» bejubelt wurde, als erstes, damals noch isoliertes Zeichen der Ausdehnung der sozialistischen Gedankenwelt in die Reihen der damaligen Kolonialvölker. Tatsächlich hat durch den Einfluss der französischen Sozialisten der demokratische Sozialismus auf der der Südostküste Afrikas vorgelagerten riesigen Insel Madagaskar – vierzehnmal so gross wie die Schweiz, aber nur von etwa sieben Millionen Menschen bewohnt – schon sehr früh Fuss gefasst. Bis 1957 war die Insel eine französische Kolonie, die 1957 zuerst begrenzte und 1960 volle Selbständigkeit erhielt, auch wenn das Land weiter sehr stark auf – aus politischen Erwägungen gern gewährte – finanzielle und andere Hilfe aus Paris angewiesen ist. Aber die Entwicklung auf Madagaskar (und der verhältnismässig nicht weit davon entfernten früheren britischen Kolonie Mauritius) unterschied sich grundlegend von der in den freigewordenen Staaten des afrikanischen Kontinents. Überall kamen dort Regime zur Macht, die einen unter den Umständen begreiflichen starken Nationalismus mit einem vagen Bekenntnis zum Sozialismus verbanden. Heute kann man eben nur reüssieren, wenn man sich wenigstens in Worten als Sozialist deklariert. Aber in Afrika (und meist auch in Asien) ist es bestenfalls ein besonderer «afrikanischer (oder asiatischer) Sozialismus», der propagiert wird, in den meisten Fällen aber ein ganz spezieller «senegalesischer», niemals der Sozialismus schlechthin, der für alle Menschen ohne Unterschied der Hautfarbe die gleiche Heilslehre bedeuten soll und in diesem Sinne formuliert worden war. Ausserdem sind alle Regime in den neuen Staaten Afrikas, manchmal einfach de facto, manchmal, wie neuerdings in Zambia, auf Grund einer in der Verfassung niedergelegten Doktrin, Einparteistaaten, die mit mehr oder weniger sanfter Gewalt das Aufkommen einer legalen Opposition verhindern. (An dieser Feststellung ändert auch der Umstand nichts, dass da und dort Oppositionsparteien noch ein Schattendasein führen können.)

Anders in Madagaskar. Die Sozialdemokratische Partei Madagaskars hat von allem Anfang an, ohne die speziellen örtlichen Probleme zu vernachlässigen, den demokratischen Sozialismus im gleichen Sinne verstanden wie die europäischen sozialistischen Parteien. Sie hat sich sofort zur Mitgliedschaft in der Internationale gemeldet, in der sie mit 1 110 000 organisierten Mitgliedern (und 2,4 Millionen Wählern, was einen Anteil von 93 Prozent darstellte) eine starke Kraft bedeutete. Sie arbeitete mit

dem der freigewerkschaftlichen Internationale angeschlossenen Gewerkschaftsbund der Insel zusammen und hat regelmässig in Konkurrenz mit anderen Parteien die Wahlen gewonnen. Ihr Exponent, der Lehrer Philbert Tsiranana (geboren 1912), wurde durch Volkswahl Präsident der Republik und in diesem Amt fünfmal bestätigt, das letzte Mal im Januar 1972. Alles deutete darauf hin, dass hier ein Modell geschaffen worden war, ein nach klassischen Begriffen sozialdemokratisches Regime, peinlichst auf alle demokratischen Kautelen bedacht, in einem Entwicklungsland Afrikas. Auch das schwierige interne Problem der Insel schien einer annehmbaren Lösung nahe: sie war beherrscht durch den Gegensatz zwischen den Stämmen, die das Hochplateau im Innern der Insel bewohnen, in der auch die Hauptstadt Tananarive liegt, und den Bewohnern der Küstenzone rings um die Insel. In der Koloniezeit hatten die Bewohner des Hochplateaus, die kaum mehr als eine Million Menschen zählten, das Heft in der Hand, während die Küstenstämme, die zusammen etwa sechs Millionen Menschen umfassen, von aller Entscheidungsgewalt ausgeschlossen waren. Mit der Selbständigwerdung der Insel verschob sich das: die bisher entrechteten Stämme der Küstenregion bekamen nun die Oberhand, aber Tsiranana, der selbst dazu gehörte, sah dazu, dass ein gewisser gerechter Ausgleich zwischen den Interessen aller geschaffen wird. Auch wenn die Stellung des Regimes Tsiranana gerade in der Hauptstadt selbst am schwächsten war, sah es doch danach aus, als würden die bestehenden Gegensätze langsam überwunden werden. Madagaskar war eine grosse Hoffnung des demokratischen Sozialismus, und nur dessen mangelnde Fähigkeit, die eigenen Leistungen ihren Verdiensten entsprechend zu propagieren, hat verhindert, dass dieser Umstand allseits bekannt wurde.

Aber mit der Zeit stiegen doch Bedenken auf. Man führte das auf eine langwierige Erkrankung Tsirananas zurück, der in Frankreich Heilung und dann Rekonvaleszenz suchte. Dass der Sozialdemokrat Tsiranana von de Gaulle und dessen Regime mit ausgesuchter Höflichkeit behandelt, aber auch in allen Richtungen gestützt wurde, liess manche aufhorchen. Noch mehr Verwunderung erregte, dass sich Tsiranana an das rassistische und den Negern feindliche südafrikanische Regime anzulehnen schien, wenn man es auch mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit Madagaskars von Südafrika zu erklären versuchte. Nicht wenige Delegierte bei der Tagung des Generalrates der Internationale in Helsinki (Mai 1971) waren erstaunt, als der Sprecher der Sozialistischen Partei Madagaskars – es war die letzte Tagung, bei der sie vertreten war – die Aufrechterhaltung diplomatischer Beziehungen zwischen seinem Staat und Tschiang Kai-schek auf Formosa (Taiwan) verteidigte.

Gleich darauf erfolgte ein Ereignis, das alle verstummen liess, die bisher nach Entschuldigungsgründen für Tsirananas Taktik gesucht hatten (Tsiranana war zwar nicht der Parteiführer und gehörte auch nicht der engeren Parteiführung an, doch wurde die Partei nicht mit Unrecht mit

ihm identifiziert). Über Nacht liess er André Resampa verhaften, der zehn Jahre lang sowohl Innenminister als auch Generalsekretär der Partei gewesen war. Offiziell wurden ihm keinerlei Gründe für die Verhaftung und Internierung ohne Prozess angegeben, aber er hörte doch, dass eines seiner «Verbrechen» seine Ablehnung gewesen sein soll, den im Tananarive zu Besuch weilenden südafrikanischen Aussenminister zu empfangen – die Anlehnung der Politik des Landes an Südafrika scheint also doch ernstere Charakter gehabt zu haben. Offenkundig hatte sich Tsiranana einreden lassen, Resampa trachte ihm nach dem Amt, wenn nicht nach dem Leben. Interventionen französischer Sozialisten zugunsten Resampas, der ein einwandfreier Demokrat und Sozialist ist, im übrigen nicht weniger «francophon» als Tsiranana und alle die Intellektuellen Madagaskars, wurden von Tsiranana ausweichend mit dem Versprechen eines ordentlichen Verfahrens beantwortet, zu dem es nie kam.

Im Mai 1972 gab es auf der Insel Studentenunruhen, denen das Regime nicht Herr werden konnte. Tsiranana verkündete den Ausnahmezustand und ernannte eine militärische Regierung. Die von ihm 1956 gegründete Partei, die er zuerst im Pariser Parlament als Mitglied der sozialistischen Fraktion vertreten und die in Madagaskar alle Wahlen gewonnen hatte, verschwand über Nacht in der Versenkung. Die Sozialistische Internationale war um eine grosse Enttäuschung reicher. Nun geschah das merkwürdige, dass der von Tsiranana zum Regierungschef bestellte General Ramanantsoa die Demokratie rettete. Er sorgte für die Entlassung Resampas aus der Internierung und legte dem Volk den Entwurf einer neuen Verfassung vor, über die durch Referendum entschieden werden sollte. In dieser Verfassung erteilte sich Ramanantsoa Regierungsvollmachten für fünf Jahre, aber wichtiger war, dass unter den Institutionen der Republik die Funktion des Präsidenten nicht mehr in der Verfassung erwähnt wurde. Durch die Abschaffung des Präsidentenamtes wollte man Tsiranana die Erniedrigung einer Vertreibung aus dem Amt ersparen – dass sich der Mann, der lange als gütiger Landesvater galt, aber dann immer autoritärer auftrat, um Madagaskar grosse Verdienste erworben hat, wird von niemandem in Abrede gestellt. Tsiranana gab sich nicht so leicht geschlagen und rief das Volk auf, Ansätzen zu einer Diktatur des Generals Widerstand zu leisten und mit «Nein» zu stimmen. Bei der Volksabstimmung im Oktober 1972 fand die Neinparole fast nur in Tsirananas Heimatdorf die Mehrheit, schon nicht mehr bei seinem eigenen Stamm. Die neue Verfassung wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Die durch Tsiranana in den letzten Monaten diskreditierte Partei gab kein Lebenszeichen mehr von sich.

Hingegen konnte Resampa im September 1972 in voller Freiheit eine neue Partei gründen, die «Sozialistische Union Madagaskars». Im Dezember 1972 ist Resampa nach London gekommen und hat dem Büro der Internationale über die Situation auf seiner Insel berichtet und um Auf-

nahme der neuen Partei in die Internationale ersucht. Auf Grund seiner und anderer Berichte wurde zunächst beschlossen, die Sozialdemokratische Partei Madagaskars von der Mitgliedschaft zu suspendieren. (Tsiranana hatte sich nach der Volksabstimmung grollend in sein Heimatdorf zurückgezogen und der Politik entsagt.) Der nächsten Tagung des Generalrates der Internationale, die für den September 1973 auf Malta in Aussicht genommen ist, soll der Antrag vorgelegt werden, die Sozialistische Union Resampas als ordentliche Mitgliedspartei aufzunehmen. Inzwischen wird die Sozialdemokratische Partei Madagaskars Gelegenheit haben, sich zu rechtfertigen, aber dem Ausschluss wird sie kaum entgehen. Natürlich herrscht in Madagaskar unter der Generalsherrschaft, die auch das Parlament nach Hause geschickt hat, nicht volle Demokratie, aber Resampas politischer Tätigkeit wird kein Hindernis in die Wege gelegt. Auch der Gewerkschaftsbund hat sich zur Unterstützung der neuen Partei bereit gefunden, die überdies geradezu persönliche Garantien für die Gleichberechtigung der einzelnen Stämme gibt: der aus dem Küstenland stammende Resampa ist mit einer Frau aus dem hochgelegenen Landesinnern verheiratet. Die von Resampa geführte Partei ist eine neue grosse Hoffnung für den demokratischen Sozialismus. Wenn man die Inseln Madagaskar und Mauritius (die von demokratischen Sozialisten regiert wird) überhaupt zu Afrika rechnen kann, werden die Parteien dieser Länder in der nächsten Zukunft die einzigen afrikanischen Mitgliedsparteien der Internationale sein.

J. W. Brügel (London)